

Keine Milliarde für Zahnersatz

VdAK-Meldung über angebliche Erweiterung der ZE-Zuschüsse entpuppt sich als „klassische Ente“.

(hdk) – Kurzen aber heftigen Wirbel verursachte eine Pressemeldung auf www.zahn-online.de Mitte Mai dieses Jahres. Unter dem Titel „Mehr Geld für Zahnersatz“ war darin von einer Erhöhung der Zuschüsse um rund eine Milliarde Euro zu lesen. Schon mancher mag daraufhin die Forderungen der Zahntechnik-Branche nach Erweiterung des Leistungskatalogs oder Rücknahme der Einschränkungen als endlich erhört betrachtet ha-

solchen Inhalts absolut unbekannt. Der zitierte Referatsleiter selbst äußerte sich verärgert: „Eine derartige Meldung entbehrt jeglicher Grundlage. Das ist eine klassische Ente.“ Man habe sich unmittelbar nach Bekanntwerden der Nachricht mit dem Betreiber des Informationsportals in Verbindung gesetzt und diesen dazu bewegt, „die Meldung umgehend von der Seite zu nehmen“, so Knappe.

Auf Nachfrage der ZT, wie eine solche Meldung entstehen könne, vermute er die verzerrte Darstellung der Bilanz des Vorjahres. Die Kassen hatten, resultierend aus der Einführung des Festzuschuss-Systems, in 2005 ca. eine Milliarde Euro weniger für Zahnersatz ausgegeben als 2004. Keinesfalls sei dieser Betrag nun übrig und stünde im kommenden Haushalt zur Verfügung. „Da hat wohl jemand et-



ben. Als Quelle der Meldung wurde der Verband der Angestellten-Krankenkassen (VdAK) genannt, namentlich Dietmar Knappe, Referatsleiter Zahnräte.

was falsch übersetzt.“ Auch beim Gemeinsamen Bundesausschuss, der angeblich gerade über Festlegung des Behandlungskatalogs berate, habe man, so Kristine Reis-Steinert, Pressesprecherin des G-BA, von dem gemeldeten Sachverhalt noch nichts gehört. **ZT**

ZT Kurznotiert

Zahnbehandlung ausgrenzen – Für eine Herauslösung der Zahnbehandlung für Erwachsene sowie der medizinischen Versorgung von Unfällen aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung hat sich Friedrich Breyer ausgesprochen. Der Gesundheitsökonom vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) forderte zudem, die zehn Euro Praxisgebühr künftig bei jedem Arztbesuch zu erheben. Im Gegenzug solle die Selbstbeteiligung im Krankenhaus fallen, da sie seiner Ansicht nach nicht steuernd wirke. Schließlich ginge niemand freiwillig in eine Klinik. Für die aus der GKV auszugrenzenden Bereiche könne laut Breyer jeder eine private Zusatzversicherung abschließen. (zahn-online.de)

Beitrags erhöhungen geplant – Sowohl die Techniker Krankenkasse (TK) als auch die Gmünder Ersatzkasse (GEK) planen laut „Bild am Sonntag“ zum 1. Juli eine Erhöhung ihrer Monatsbeiträge um 0,3 %. Damit würde der jeweilige Beitragssatz von 12,8 auf 13,1 % erhöht werden. Auch die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) plane laut Bild-Berichten für Herbst eine Anhebung der Sätze. AOK-Sprecher Udo Barske äußerte sich jedoch gegenüber dem Tagesspiegel, dass man zuversichtlich sei, die Beitragssätze stabil halten zu können. Die Barmer schloss laut Aussagen von Sprecherin Susanne Rüsberg-Uhrig eine Erhöhung der Beiträge für dieses Jahr ebenfalls aus. Beim Gesundheitsministerium warnte man davor, allein die Zahlen des ersten Quartals als Maßstab zu nehmen. So werde beispielsweise der Bundeszuschuss erst im Monat Mai ausgezahlt, zudem fehlten noch Einmalzahlungen wie das Urlaubsgeld. (ddp)

„Hammer-Zahnarzt“ – Den Besuch bei einem Zahnarzt wird ein israelischer Mann wohl so schnell nicht vergessen. So hatte der Mediziner diesem – obwohl gar nicht zu einer Behandlung erschienen – im Zuge eines Streits mit einem Hammer mehrere Zähne ausgeschlagen. Der Mann war in den Streit geraten, nachdem eine Patientin in der Praxis die Röntgenaufnahmen ihres Sohnes einfordern wollte, da sie mit der Behandlung unzufrieden war. Als der Arzt die Herausgabe verweigerte, eskalierte die Situation. Der 49-jährige Mediziner wurde mittlerweile dem Haftrichter vorgeführt. (krone.at)

VDZI präsentiert 10-Punkte-Programm

Zahntechnischer Dachverband bereitet Konzept vor, welches die Innungsfachbetriebe stärken und bei der Gestaltung neuer Kooperationsformen unterstützen soll.

(kr) – Im Rahmen des 50. Verbandstages des VDZI in Hamburg (ZT berichtete) stellte Generalsekretär Walter Winkler eine Themen- und Projektliste vor, die der Verband in den nächsten Monaten als wesentliche Bausteine einer Fortentwicklung seiner Berufspolitik vorbereiten, diskutieren und umsetzen will. Mit dem so genannten „10-Punkte-Programm“, in welches die Ergebnisse des Projekts „Arbeitswissenschaftliche Studie“ hinein fließen, sollen die zahntechnischen Innungsfachbetriebe gestärkt und bei deren Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unterstützt werden. „Nach mehr als 20 Jahren hat der VDZI in den letzten drei Jahren gezielt die Herstellungsprozesse im zahntechnischen Labor nach arbeitswissenschaftlichen Methoden untersucht. Das war nach zwanzig Jahren dynamischer Material- und Technologieentwicklung absolut notwendig“, so Winkler im Interview mit der ZT. In diesem Zusammenhang solle laut „10-Punkte-Programm“ in Zu-

sammenarbeit mit Experten und interessierten Partnern eine „grundlegende Technologieoffensive für die Innungsfachbetriebe starten“. Darüber hinaus sollen die Betriebe stärker als 1. Adresse für Zahnarzt und Patienten mit positiven Assoziationen in Bezug auf Qualität und Service ins öf-

gerechten Internetangebots für die Patientenkommunikation ist daher ein im Programm erklärtes Ziel. Bei der Beratung vor Ort rät der Verband den Betrieben, sich offensiv den Patientenfragen zu Zahnersatz zu öffnen und möchte sie in der „steigenden Beratungskapazität, die Zahntechnikermeister vor Ort zu bieten haben“, unterstützen. Weitere Programmpunkte befassen sich mit rechtlicher Beratung, einer EDV-gestützten Kooperationsbörse und einem vom Verband entwickelten Qualitätssicherungskonzept. Bis spätestens Ende des Jahres, heißt es in Punkt 10, wolle der VDZI zudem „ein neues zahntechnisches Leistungsverzeichnis unter Berücksichtigung arbeitswissenschaftlicher Prozessstudien vorstellen und in die berufspolitische Diskussion einbringen“. Ein ausführliches Interview mit dem Generalsekretär des Verbandes Deutscher Zahntechniker-Innungen, Walter Winkler, können Sie auf Seite 7 dieser Ausgabe nachlesen. **ZT**

dentona®
esthetic-base® gold
 Der kantenstabile Stumpfgips mit niedrigsten Expansionswerten für die Implantattechnik!
 www.dentona.de Tel +49 (0) 231 55 56 - 0

fentliche Bewusstsein gerückt werden. Nach Meinung des VDZI seien die meisten elektronischen Informationsseiten für Patienten wenig sachgerecht und vermittelten den Wert und Nutzen von Zahnersatz häufig nur einseitig preisorientiert. Die Unterstützung eines sach-

Milliardendefizit bei gesetzlicher SV

Ausgaben für Zahnarztbehandlung einschließlich Zahnersatz deutlich reduziert

(cp) – Während das Statistische Bundesamt im Jahre 2004 noch einen Überschuss von 2,1 Mrd. Euro in der gesetzlichen Sozialversicherung ermitteln konnte, musste sie ein Jahr später nun ein Defizit von 3,3 Mrd. Euro verzeichnen. So lagen die Ausgaben der Sozialversicherung in 2005 bei insgesamt 469,0 Mrd. Euro, was eine Steigerung von 0,6 % gegenüber dem Vorjahr ausmacht. Die Einnahmen hingegen sanken um 0,5 % auf 465,7 Mrd. Euro. Allein die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) konnte 2005 als einziger Zweig mit einem Überschuss von 1,5 Mrd. Euro abschließen, wobei dieser

wesentlich geringer ausfiel als in 2004. Verzeichneten die Statistiker u.a. besonders bei den Arznei-, Verbands- und Hilfsmitteln höhere Aufwendungen, reduzierten sich hingegen die

Ausgaben für zahnärztliche Behandlung inklusive Zahnersatz deutlich um –11,8 % auf 10,0 Mrd. Euro. Hauptgrund hier dürfte wohl die Einführung des neuen Festzuschuss-Systems zum 1.1.2005 sein. Die Einnahmen der GKV stiegen leicht um 0,6 % auf 143,7 Mrd. Euro, wobei 139,9 Mrd. Euro auf Beitragseinnahmen entfielen. Einen starken Defizitanstieg, nämlich um 2,9 auf 4,3 Mrd. Euro, verzeichnete die gesetzliche Rentenversicherung. Hier sanken 2005 die Einnahmen um 2,2 Mrd. auf 228,5 Mrd. Euro. Die Ausgaben blieben nahezu unverändert. **ZT**

picodent®
 qualität pur. bewusst innovativ.
 Tel.: 0 22 67 - 65 80 - 0 • www.picodent.de

ZT ZAHNTECHNIK ZEITUNG

IMPRESSUM

Verlag
 Verlagsanschrift:
 Oemus Media AG
 Holbeinstraße 29
 04229 Leipzig
 Tel.: 03 41/4 84 74-0
 Fax: 03 41/4 84 74-2 90
 E-Mail: kontakt@oemus-media.de

Chefredaktion
 Roman Dotzauer (rd)
 Betriebswirt d. H.
 (V.i.S.d.P.)
 Tel.: 03 71/52 86-0
 E-Mail: roman-dotzauer@dotzauer-dental.de

Katja Römhild (kr)
 (Assistenz Chefredaktion)
 Tel.: 03 71/52 86-0
 E-Mail: katja.roemhild@dotzauer-dental.de

Redaktionsleitung
 Cornelia Pasold (cp), M.A.
 Tel.: 03 41/4 84 74-1 22
 E-Mail: c.pasold@oemus-media.de

Redaktion
 H. David Kolßmann (hdk)
 Tel.: 03 41/4 84 74-1 11
 E-Mail: h.d.kolssmann@oemus-media.de

Matthias Ernst (me), ZT
 Betriebswirt d. H.
 Tel.: 09 31/5 50 34
 E-Mail: ernst-dental@web.de

Carsten Müller (cm), ZTM
 Betriebswirt d. H.
 Tel.: 03 41/69 64 00
 E-Mail: Adentaltec@aol.com

Projektleitung
 Stefan Reichardt
 (verantwortlich)
 Tel.: 03 41/4 84 74-2 22
 E-Mail: reichardt@oemus-media.de

Anzeigen
 Lysann Pohlann
 (Anzeigenposition/-verwaltung)
 Tel.: 03 41/4 84 74-2 08
 Fax: 03 41/4 84 74-1 90
 ISDN: 03 41/4 84 74-31/-1 40
 (Mac: Leonardo)
 03 41/4 84 74-1 92 (PC: Fritz!Card)
 E-Mail: pohlann@oemus-media.de

Herstellung
 Christine Noack
 Tel.: 03 41/4 84 74-1 19
 E-Mail: ch.noack@oemus-media.de

Perspektive Zahngesundheit – die Agenda der KZVB

Nach einer Diskussionsrunde über die kommende Gesundheitsreform veröffentlichte der Vorstand der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB) seine standespolitische Programmatik. Kernpunkte sind die Weiterentwicklung des Festzuschuss-Systems und Bürokratieabbau.

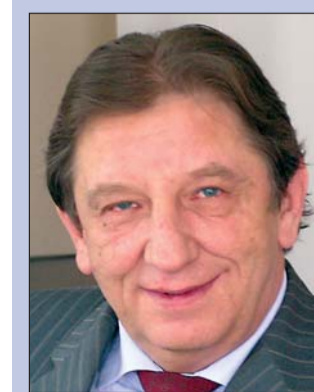
(hdk) – Ausgehend von der Präambel, dass die zahnmedizinische Versorgung der Bevölkerung ein Modell benötige, das die Gratwanderung zwischen Eigenverantwortung und gesamtgesellschaftlicher Solidarität löst, hat die KZVB Vorschläge parat, wie die Versorgung sozial ausgeglichen, die Finanzierung fair, solidarisch und eigenverantwortlich gestaltet und deren Organisation dabei entbürokratisiert werden könne. Tatkräftig kündigt sie an, einen Katalog der notwendigen Regelversorgungen und deren Preise vorlegen zu wollen. In erster Linie solle jener eine Ausweitung der Festzuschüsse in andere Leistungsbereiche beinhalten, z.B. Schienentherapie, Parodontose- und Wurzelbehandlungen.

Der Aussage, Wettbewerb erhöhe die Qualität der Versorgung, und diese könne auch durch finanzielle Anreize erhöht werden, steht in mancherlei Hinsicht die Behauptung gegenüber, ein reiner Preiswettbewerb sei im Gesundheitswesen generell unethisch.

Dr. Janusz Rat, Vorstandsvorsitzender der KZVB, betonte im ZT-Interview jedoch ausdrücklich, dass auch dentaltechnische Laboratorien sich im Zei-

pier, das von Bundeszahnärztekammer und KZBV entworfen wurde. Dieses schlug z.B. vor, sich in überschaubaren Betrieben auf Negativdokumentation

ZT Statement



„Wir denken an eine Ausweitung der Festzuschüsse in andere Leistungsbereiche, z.B. Schienentherapie, Parodontose- und Wurzelbehandlungen.“

„Im Zeitalter der Globalisierung werden sich die Labore bei gleicher Qualität auch dem Preiswettbewerb aus dem Ausland stellen müssen.“

„Die Wahl des Zahnlabors darf kein Dritter treffen, sondern nur der behandelnde Zahnarzt. Die Entscheidung basiert auf dem Vertrauen zu seinem Techniker.“

Dr. Janusz Rat, Vorstandsvorsitzender der KZVB (Foto: KZVB)

chen der Globalisierung bei gleich bleibender Qualität auch dem internationalen Preiskampf stellen werden müssen. Als probates Mittel zur Kostenminimierung wird der Bürokratieabbau genannt. Die KZVB beruft sich hierfür auf ein Pa-

zu beschränken. Im Bereich Zahntechnik stelle Dr. Rat sich eine gänzlich papierlose Abrechnung vor. Des Weiteren setze man sich dafür ein, dass die Wahl des Labors weder von der Krankenkasse noch vom Patienten ge-

troffen werden dürfe. Sie obliege allein dem Zahnarzt. Damit spricht sich die KZVB klar gegen Einzelverträge und Vorteilnahme aus. Zur Finanzierung des Gesundheitssystems sei ein Wettbewerb der Krankenversicherungen nötig. Dafür müssen vom Gesetzgeber Grundlagen geschaffen werden: Die Möglichkeit einer freien Wahl der Krankenkasse, die Mitnahme der Altersrückstellung bei einem Versicherungswechsel und drittens den Krankenkassen zu ermöglichen, unterschiedliche Leistungsbausteine anbieten zu dürfen. Im Bereich der privaten Krankenversicherungen seien die Rechte der Versicherten gegenüber den Versicherungskonzernen zu stärken. Dafür müsse das Versicherungsvertragsgesetz stark überarbeitet werden. Es müsse verhindert werden, dass die aus fachlichen Überlegungen heraus formulierte Gebührenordnung nicht weiterhin von Privatversicherungen als Kostensteueringstrument missbraucht werde. **ZT**

Die ZT Zahntechnik Zeitung erscheint regelmäßig als Monatszeitung. Bezugspreis: Einzelheft 3,50 € ab Verlag zzgl. gesetzl. MwSt. und Versandkosten. Jahresabonnement im Inland 35,- € ab Verlag zzgl. gesetzl. MwSt. und Versandkosten. Abo-Hotline: 03 41/4 84 74-0.
 Die Beiträge in der „Zahntechnik Zeitung“ sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, auch auszugsweise, nur nach schriftlicher Genehmigung des Verlages. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Verbands-, Unternehmens-, Markt- und Produktinformationen kann keine Gewähr oder Haftung übernommen werden. Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung (gleich welcher Art) sowie das Recht der Übersetzung in Fremdsprachen – für alle veröffentlichten Beiträge – vorbehalten. Bei allen redaktionellen Einsendungen wird das Einverständnis – für alle veröffentlichten Beiträge – vorausgesetzt, sofern kein anders lautender Vermerk vorliegt. Mit Einsendung des Manuskriptes gehen das Recht zur Veröffentlichung als auch die Rechte zur Übersetzung, zur Vergabe von Nachdruckrechten in deutscher oder fremder Sprache, zur elektronischen Speicherung in Datenbanken, zur Herstellung von Sonderdrucken und Fotokopien an den Verlag über. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bücher und Bildmaterial übernimmt die Redaktion keine Haftung. Es gelten die AGB und die Autorennichtlinien. Gerichtsstand ist Leipzig.